



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

ZIVILGESELLSCHAFT

- ANALYSE
Die Zivilgesellschaft in Polen: Genese, Entwicklung, Dilemmata
Piotr Gliński, Białystok 2
- TABELLEN UND GRAFIKEN
Statistiken zu den polnischen NGOs 9

- CHRONIK
Vom 04. Dezember 2007 bis zum 14. Januar 2008 13

Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Die Zivilgesellschaft in Polen: Genese, Entwicklung, Dilemmata

Piotr Gliński, Białystok

Zusammenfassung

Der Artikel stellt die Genese und Ausgestaltung der Zivilgesellschaft in Polen dar. Die Genese der polnischen zivilgesellschaftlichen Strukturen ist mit der Entstehung der politischen Opposition in den 1970er Jahren verbunden. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft fand nach 1989 in Polen in verschiedenen Bereichen statt: auf der Ebene der lokalen Gesellschaften, im Bereich der informellen Bewegungen und Initiativen, auf der Ebene der individuellen zivilgesellschaftlichen Aktivität sowie im Sektor der Nichtregierungsorganisationen. Im Laufe der 1990er Jahre kam es zu einer Stabilisierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten auf einem recht niedrigen Niveau, einem der niedrigsten in Europa. Die Blockaden ihrer Entwicklung sind u.a. in der negativen Rolle der Eliten und der verschiedenen anti-zivilgesellschaftlichen Interessengruppen zu suchen, auch in der Schwäche der demokratischen Institutionen, in kulturell-axiologischen Bedingungen und in inneren Problemen des sog. Dritten Sektors. Hoffnung auf Überwindung dieser Barrieren und auf eine Weiterentwicklung der polnischen Zivilgesellschaft bietet der gegenwärtige institutionelle Wandel außerhalb und teilweise auch innerhalb des zivilgesellschaftlichen Sektors.

Die Genese der Zivilgesellschaft in Polen

Die Genese der Zivilgesellschaft in Polen reicht bis in die 1970er Jahre zurück, als nach den Arbeiterstreiks im Jahr 1976 eine recht dynamische Entwicklung der polnischen oppositionellen Milieus einsetzte. Diese umfassten v.a. Intellektuelle, Vertreter der Intelligenz und die studentische Jugend, nach 1976 schlossen sich aber auch in größerem Umfang die Arbeitermilieus an (u.a. indem sie sog. freie Gewerkschaften in Schlesien und an der Küste gründeten). In dieser Zeit wurden die programmatischen Grundlagen des zivilgesellschaftlichen oppositionellen Handelns formuliert (u.a. der sog. »neue Evolutionismus« von Adam Michnik, der zu einer »von unten« organisierten Gesellschaft aufrief). Obwohl die polnischen Oppositionellen damals noch nicht den Begriff der Zivilgesellschaft verwendeten, wurden sie – zusammen mit den erheblich weniger zahlreichen tschechischen und ungarischen Dissidenten – *de facto* Autoren des Programms der »oppositionellen Zivilgesellschaft«. In Polen erstreckte sich die Reichweite dieser Bewegung fast auf das ganze Land (v.a. das städtische Umfeld); sie zählte einige Tausend aktive Oppositionelle und einige Zehntausend Unterstützer.

Die Konsequenz dieser Aktivitäten war die Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft *Solidarność* (*Niezależny Samorządny Związek Zawodowy – NSZZ Solidarność*). Diese war *de facto* eine große gesellschaftliche und nationale Bewegung, die nach Unabhängigkeit strebte und soziale und zivilgesellschaftliche Funktionen übernahm. Die Unterdrückung dieser Bewegung mit Waffengewalt durch die Kommunisten im Kriegszustand im Dezem-

ber 1981 änderte nichts an der Tatsache, dass sich die polnische Gesellschaft von der Mentalität der Unfreiheit löste, sich ihrer selbst bewusst wurde und in Richtung zivilgesellschaftlicher Transformation strebte. Der umwälzende Demokratisierungsprozess in Polen und ganz Mitteleuropa nach 1989 leitete politische, gesellschaftliche und ökonomische Transformationsprozesse ein, deren Umfang weltweit einmalig war: Es mussten gleichzeitig die gesamte Gesellschaft (ihre Mentalität und Kultur), das ganze politische System und die Wirtschaft umgestaltet werden. Viele der Probleme, die die Ausbildung der Zivilgesellschaft in Polen betreffen, resultieren aus der Spezifik und dem außerordentlichen Ausmaß der notwendigen Veränderungen.

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft nach 1989

Eines der drei grundlegenden Ziele der polnischen Transformation war außer der Einführung der Marktwirtschaft und der Demokratie die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Kommentatoren und Soziologen stimmen jedoch im Wesentlichen darin überein, dass Letztere in einem wenig zufrieden stellenden Umfang verwirklicht wurde. Die zivilgesellschaftlichen Strukturen sind in Polen relativ schwach und stellen keinen äquivalenten Partner für den Bereich der Geschäftswelt und der Politik dar. Dies ist eine der grundlegenden Ursachen der Schwäche der polnischen Demokratie sowie zahlreicher Probleme, mit denen die polnische Gesellschaft sich nicht zu helfen weiß. Eine übermäßige soziale Ausdifferenzierung, Armut, gesellschaftliche und institutionelle Pathologien, Anfänge von Anomie, die

Kommerzialisierung und Mediatisierung der Kultur und nicht zuletzt die Krise im politischen Leben – all diese modernen Plagen unreifer Demokratien sind auch dem polnischen Staat und der Gesellschaft nicht fremd und haben ihre Ursache in der Unterentwicklung der gesellschaftlichen Beteiligung.

Dennoch muss unterstrichen werden, dass unmittelbar nach 1989 eine dynamische Entwicklung der Zivilgesellschaft begann. Die allgemeine, »soziologische« Struktur der Gesellschaft änderte sich grundlegend: Die in der Zeit des Kommunismus vorherrschend vertikal ausgeprägte Struktur wurde in großem Umfang durch eine horizontale ersetzt. Zivilgesellschaftliche Gruppen und Institutionen, die auf der Grundlage horizontaler Verbindungen aufgebaut wurden, füllten das gesellschaftliche Vakuum auf einer mittleren Ebene, die für diese Zeit charakteristisch war.

Die Zivilgesellschaft entstand in Polen jedoch nur in bestimmten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens: (1) in lokalen Gemeinschaften mit mehr oder weniger zivilgesellschaftlichem Charakter (angesiedelt v.a. bei den lokalen Selbstverwaltungen und den Gemeinden), (2) in vielfältigen, kaum formalisierten Bewegungen und gesellschaftlichen Gruppen (Jugendbewegungen, gegenkulturelle und subkulturelle Bewegungen, verschiedene Protest- und Bürgergruppen usw.), (3) im Bereich individueller Einstellungen und Verhaltensweisen sowie im Bereich der zivilgesellschaftlichen Beziehungen und des gesellschaftlichen Vertrauens, (4) im möglicherweise größten Umfang im Sektor der Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Gelegentlich werden zu den zivilgesellschaftlichen Strukturen auch die Gewerkschaften, Arbeiterselbstverwaltungen, politische Parteien und sogar die in der Zeit des Kommunismus in Polen stark zerstörte Genossenschaftsbewegung gezählt.

Lokale Gemeinschaften

Die rechtliche Grundlage für die Entwicklung der lokalen zivilgesellschaftlichen Gemeinschaften schuf die Reform der lokalen Selbstverwaltung des Landes, die in zwei Etappen durchgeführt wurde (1990 und 1999). Infolge der Reformblockade durch die postkommunistische Regierung setzte die zweite Etappe erst neun Jahre später ein, während die dritte (eine vollständigere Dezentralisierung der finanziellen Kompetenzen der lokalen Selbstverwaltungen) bis heute nicht durchgeführt wurde, was die Ausbildung der Grundlagen der Zivilgesellschaft bedeutend verzögert.

Soziologischen Untersuchungen zufolge wird die polnische lokale Zivilgesellschaft charakterisiert durch: (1) eine bedeutende Rolle der lokalen Intelligenz, (2) eine Orientierung auf die Kirchengemeinden und eine Ausprägung der Zivilgesellschaft über kirchennahe Organi-

sationen, (3) eine bedeutende Rolle der »quasi-NGOs« (dies sind Nichtregierungsorganisationen, die auf Initiativen der kommunalpolitischen Eliten zurückgehen), (4) eine wesentliche Rolle lokaler parapolitischer Organisationen, (5) die Aktivitäten vieler *ad hoc* entstandener, häufig informeller Gruppen und (Bürger-)Initiativen, (6) die wichtige Funktion, die die kulturelle und regionale Tradition im Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen erfüllt, sowie (7) zivilgesellschaftliche Basisinitiativen.

Es muss jedoch hervorgehoben werden, dass sich die polnischen lokalen Gemeinschaften trotz der positiven Veränderungen im Rahmen der Transformation selten zu zivilgesellschaftlichen Gemeinschaften entwickeln. Die polnische Selbstverwaltung setzt insbesondere auf der Kreis- und Woiwodschaftebene das Modell der »Selbstverwaltung ohne Partizipation« um, das zentralisiert (es herrscht ein hohes Maß Klientelismus zwischen der Selbstverwaltungs- und der zentralen Administration), parteigeprägt und oligarchisch ist. Schwach entwickelt sind Prozesse der politischen Kommunikation und der gesellschaftlichen Partnerschaft der Entscheidungsträger auf lokaler Ebene. Die Rivalität zwischen einem Selbstverwaltungs- und einem NGO-»Mandat« bewirkt trotz der 2004 eingeführten gesetzlichen Richtlinien eine im Allgemeinen schlechte Zusammenarbeit von Selbstverwaltung und NGOs. Im Prozess der Emanzipation des lokalen gesellschaftlichen Lebens artet die lokale Demokratie allzu oft in eine lokale Oligarchie aus. In den Fällen, in denen man von einer Ausformung lokaler Zivil- oder quasi-Zivilgesellschaften sprechen kann, dominiert das Modell eines romantisch-elitären Engagements über das republikanisch-demokratische Muster. Das bedeutet, dass der polnische lokale Gemeinsinn sehr häufig Züge einer paternalistischen und klientelistischen Beziehung annimmt (mit einer dominanten Position der lokalen Intelligenz) und nicht die Gestalt eines partnerschaftlichen, gegenseitigen und partizipierenden Zusammenhalts, der sich auf das gemeinsame Engagement der ganzen Gesellschaft und internalisierte demokratische zivilgesellschaftliche Tugenden stützt.

Gesellschaftliche Bewegungen und informelle Bürgerinitiativen

Derartige kollektive Strukturen führen zu sehr unterschiedlichen nichtformalisierten Verhaltensweisen, als da wären elementare gesellschaftliche Proteste, ziviler Ungehorsam, das Funktionieren der zivilgesellschaftlichen Masse oder die zivilgesellschaftliche Kreativität im Alltag, ferner subkulturelle, informelle, zufälliges oder vorübergehendes ehrenamtliches Engagement, darüber hinaus Aktivitäten in Gemeinden, Elternkomitees in Schulen oder verschiedene *ad hoc* gebildete Bürgerinitiativen. Aus Untersuchungen geht hervor, dass

kollektives Auftreten dieser Art eher marginal ist. Beispielsweise gaben im Jahr 2006 nur 1,4 % der Befragten ihre Teilnahme an öffentlichen Demonstrationen an und 0,2 % an illegalen Protesten im Zeitraum von zwölf Monaten vor der Befragung. Die Teilnahme an »gesellschaftlichen Bewegungen und Aktionen mit universaler Reichweite und Kampagnen, die sich an breite Bevölkerungsgruppen richten«, umfasst den Angaben nach 0,2 – 0,3 % der Gesellschaft. Dagegen belegen die Untersuchungen der lokalen Gesellschaften einen bedeutend größeren Umfang der genannten Phänomene und beweisen, dass verschiedenartige kollektive zivilgesellschaftliche informelle Aktivitäten bedeutend populärer sind, als aus den quantitativen Untersuchungen hervorgeht, und eine wesentliche Rolle beim Aufbau von Sozialkapital und der Beziehungen in einer Gemeinschaft spielen.

Den Untersuchungen zufolge sind die am häufigsten vorkommenden Bereiche, in denen sich nicht formalisiertes kollektives zivilgesellschaftliches Auftreten manifestiert, vor allem religiöse und kirchliche Bewegungen und Initiativen (ca. 2 – 4,5 % der Polen) sowie die Aktivität von Eltern in den entsprechenden schulischen Komitees (3,2 – 5,5 %). Aus anderen Untersuchungen geht wiederum hervor, dass die in der kirchlichen Umgebung angesiedelte zivilgesellschaftliche Aktivität noch wesentlich stärker verbreitet ist. In Oberschlesien geben zum Beispiel 40 % der Einwohner an, an verschiedenen von der Kirchengemeinde organisierten gemeinsamen Tätigkeiten teilzunehmen. Dieselben Untersuchungen nennen auch in ähnlich großem Ausmaß die Beteiligung der lokalen Gesellschaft an Tätigkeiten, die von Nachbarn organisiert werden. Dabei sind die nachbarschaftlichen Bande auf dem Land wesentlich stärker als in der Stadt entwickelt, wobei die Nachbarschaftshilfe über 80 % der Bevölkerung Oberschlesiens umfasst. Selbstverständlich ist nicht jegliches kollektive Verhalten, das sich auf Beziehungen in der Gemeinde oder der Nachbarschaft stützt, zivilgesellschaftlichen Charakters. Es weist jedoch viel darauf hin, dass wir es in Polen mit Mechanismen des Aufbaus einer selbstorganisierten Kultur auf der Grundlage nachbarschaftlicher Beziehungen unter dem Einfluss allgemeiner demokratischer Veränderungen zu tun haben.

Das individuelle zivilgesellschaftliche Engagement

Ein aussagekräftiger Indikator für das individuelle zivilgesellschaftliche Engagement ist das Sozialkapital (im Verständnis von Robert Putnam), das sich auf gegenseitige Beziehungen und gesellschaftliches Vertrauen bezieht. Sein Wert beträgt in Polen nach verschiedenen Untersuchungen unter 20 % und ist einer der niedrigsten in Europa. Individuelles zivilgesellschaftliches Engage-

ment ist demnach eine Haltung, die in der polnischen Gesellschaft relativ selten auftritt, was in hohem Maße eine Folge der kulturellen Degradation der Gesellschaft in den Jahren des Kommunismus und des Bedeutungsverlustes der traditionellen Werte der Intelligenz und der Gemeinschaftlichkeit ist.

Trotzdem geben 58 % der Polen an, dass sie in ihrem Leben bereits »für ihre Umgebung, Kirche, Wohnsiedlung, Stadt, ihr Dorf oder zugunsten Hilfsbedürftiger« gearbeitet haben, und 24 %, dass sie sich 2004 in dieser Weise engagiert haben (19 % im Jahr 2002). Sehr interessant sind diese Ergebnisse im Hinblick auf die soziodemographischen Faktoren, insbesondere in Bezug auf den Wohnort und die gesellschaftliche bzw. berufliche Gruppe. Anders als im Fall des Engagements in NGOs sind die Landbewohner und Einwohner kleiner Städte am aktivsten, und innerhalb der gesellschaftlichen bzw. beruflichen Gruppen übertreffen die Landwirte hinsichtlich ihres zivilgesellschaftlichen Engagements die Gruppen der Intelligenz und der Führungsschicht.

Der Sektor der Nichtregierungsorganisationen

In Polen sind ca. 63.000 NGOs registriert, davon ca. 55.000 Vereine und über 8.000 Stiftungen. Legt man die erweiterte Definition von NGOs zugrunde (die z.B. auch Gewerkschaften, politische Parteien, die Freiwilligen Feuerwehren /ca. 14.000/, Elternkomitees, Kirchen und Bekenntnisgemeinschaften einbezieht), dann steigt diese Zahl auf über 100.000. Hinzuzufügen ist allerdings, dass nur 2/3 der registrierten Organisationen aktiv sind. Ca. 90 % entstanden nach 1989, und ungefähr 1/3 innerhalb der letzten drei Jahre.

Im zivilgesellschaftlichen Sektor sind ca. 120.000 Personen angestellt. 74 % der Organisationen beschäftigen kein fest eingestelltes Personal und funktionieren auf ehrenamtlicher Basis.

Nach einer engen Definition von NGOs sind die meisten Vereine und Stiftungen, d.h. 40 %, in den Bereichen Sport, Tourismus, Erholung und Hobby tätig, 12,8 % betrachten als ihr wichtigstes Aufgabengebiet Kultur und Kunst, 10,3 % Bildung und Erziehung, 9,9 % soziale Dienste und soziale Hilfe, 8 % Gesundheitsschutz und 5,9 % lokale Entwicklung. Weniger als 3 % der Organisationen decken weitere Bereiche ab.

Unterstützung erhält der Dritte Sektor vor allem aus öffentlichen Mitteln. Sie betragen ca. 35 % der Einnahmen des Sektors (13,5 % aus den Mitteln der Selbstverwaltungen und 22,3 % aus Regierungsmitteln). Der Anteil öffentlicher Mittel an der Finanzierung des Sektors ist in Polen nach verschiedenen Schätzungen allerdings zwei bis drei Mal geringer als in den westeuropäischen Ländern. Die Einnahmen aus wirtschaftlicher

Tätigkeit betragen 12,2 % und die Mitgliederbeiträge beispielsweise nur 5 %.

Ein großes Hemmnis für die Entwicklung des Dritten Sektors ist die schlechte finanzielle Situation der meisten NGOs. Ca. 80 % der polnischen NGOs verfügen über kein wesentliches Eigentum, und nur 20 % haben finanzielle Reserven. 73 % der Organisationen klagten über finanzielle Schwierigkeiten. Ungefähr 1/4 der neu entstandenen Organisationen stellt ihre Tätigkeit im Laufe der ersten drei Jahre wieder ein, wobei die finanziellen Schwierigkeiten der am häufigsten genannte Grund sind. Sehr vorsichtigen Schätzungen zufolge ist der polnische Nichtregierungssektor ökonomisch mindestens fünf Mal schwächer als der durchschnittliche Sektor in den westlichen Ländern. Die Situation wird noch kritischer durch die immense materielle Differenzierung innerhalb des Sektors. Neben den wenigen reichen Organisationen (die hauptsächlich postkommunistischer Herkunft sind und von der privilegierten Situation gegenüber nach 1989 entstandenen Organisationen profitieren) besteht die eindeutige Mehrheit aus kleinen Organisationen mit sehr schwacher ökonomischer Grundlage. Darüber hinaus sind die steigenden Einkommensunterschiede unter den NGOs beunruhigend. In den Jahren 2001 bis 2003 stieg die Zahl der ärmsten Organisationen von 15 auf 21 %. 2006 kumulierten 4 % der reichsten Organisationen ca. 80 % des Gesamteinkommens des Sektors.

Die beschränkte Partizipation am zivilgesellschaftlichen Sektor bestätigen die Ergebnisse von Erhebungen zur zivilgesellschaftlichen Aktivität, die anhand der Zugehörigkeit sowie der deklarierten und beobachteten Teilnahme der Polen an Nichtregierungsorganisationen (i.e.S. zivilgesellschaftlichen Charakters) bestimmt wurde. 1990 engagierten sich ca. 5 % der Gesellschaft in Tätigkeiten von NGOs (die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft NSZZ Solidarność wird hier nicht berücksichtigt), 1995 bereits 13 %. Aber schon 1999 war ein Rückgang der zivilgesellschaftlichen Partizipation auf 9 % zu beobachten. Die Untersuchungsdaten der Europäischen Union von Ende 2002 sprechen wiederum von 12,4 % der Polen, die zu zivilgesellschaftlichen Organisationen gehören. Festzuhalten ist, dass aus den Untersuchungen generell hervorgeht, dass sich der »zivilgesellschaftliche Teil« der Gesellschaft in der ersten Hälfte der 1990er Jahre fast verdreifachte, anschließend um ca. 1/3 zurückging, um sich um die Jahrtausendwende für eine gewisse Zeit auf dem Niveau von 10 % zu stabilisieren und schließlich höchstwahrscheinlich in eine Phase des sehr langsamen Wachstums einzutreten.

Gleichzeitig muss auf die enorme Distanz hingewiesen werden, die die polnische Gesellschaft hinsichtlich ihrer zivilgesellschaftlichen Aktivität (gemessen an der

Teilnahme und/oder Mitgliedschaft in Organisationen) von anderen europäischen Gesellschaften trennt. Polen gibt die niedrigste zivilgesellschaftliche Partizipation unter den 21 Nationen an, die in den EU-Untersuchungen berücksichtigt wurden: Polen befindet sich am Ende einer Gruppe europäischer Staaten mit sehr geringem zivilgesellschaftlichen Engagement, hierzu gehören auch Griechenland, Portugal und Ungarn. Bedeutend besser stellen sich die Tschechen und Slowaken dar, die zusammen mit den Spaniern und Italienern die Gruppe der Staaten mit mittlerem bis niedrigem Engagement bilden. Die übrigen untersuchten europäischen Staaten, insbesondere die skandinavischen, kennzeichnen sehr hohe Indizes, z.T. vier bis fünf Mal höher als das Niveau des zivilgesellschaftlichen Engagements in Polen.

In den Jahren 2002–2006 erfolgte ein sichtbarer Anstieg (von 11,1 auf 21,9 %) der Anzahl derjenigen erwachsenen Polen, die angaben, dass »sie im letzten Jahr (unentgeltlich) Zeit für Nichtregierungsorganisationen, Gruppen, Gewerkschaften oder soziale und religiöse Bewegungen aufgebracht haben«. Das Volontariat (Freiwilligenarbeit) entwickelt sich allerdings nicht gleichmäßig im gesamten Sektor und betrifft vor allem die großen und reichen Organisationen.

Das Feld für Aktivitäten sind v.a. große Städte, in denen 2002 15,7 % der Polen zivilgesellschaftliche Partizipation angaben, während dies in Städten bis zu 100.000 Einwohner 12,6 % und auf dem Land nur 9,7 % waren. Das Kriterium des Wohnorts ist eng mit der Einteilung in Zentrum und Peripherie verbunden. Hier beeinflussen vier grundlegende Faktoren die Präsenz von NGOs und ihre Anzahl in der lokalen Gesellschaft: (1) Typ der Gemeinde und Größe der Stadt, (2) Lage der Gemeinde in Bezug auf das lokale administrative Zentrum, (3) Lage der Gemeinde zu einer großen Agglomeration, (4) Erreichbarkeit der Gemeinde (v.a. die Entfernung von einer Eisenbahnstation).

Zivilgesellschaftlich am aktivsten sind eindeutig Personen mit höherer Ausbildung. In dieser Gruppe sind es nach verschiedenen Untersuchungen 19,1 bis 36 %. Im Jahr 2002 waren es ca. 26 %, unter Personen mit mittlerer Ausbildung nur 11,5 % und unter denjenigen mit einer einfachen Ausbildung 7,7 %.

Das Kriterium Geschlecht spielt keine größere Rolle. Etwas mehr Frauen sind im Nichtregierungssektor angestellt (ca. 60 % aller Angestellten), und etwas weniger arbeiten regelmäßig als Freiwillige (39 % aller Freiwilligen); noch weniger sind Mitglieder von Organisationen – 35 % der Gesamtmitgliederzahl. Was das Alter betrifft, so machen die Schüler der Mittelschulen die größte beteiligte Gruppe an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten aus, und über die Hälfte der Freiwilligen, die 2004 regelmäßig in Organisationen arbeiteten, waren relativ jung.

Hinsichtlich des Charakters der kollektiven zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Polen ist zu unterstreichen, dass die Tätigkeiten sehr unterschiedlich sind, sowohl was ihren Inhalt als auch ihre organisatorische Form betrifft. Generell lassen sie sich folgendermaßen differenzieren: (1) gemeinnütziges Engagement (welches in eine innere und eine äußere Gemeinnützigkeit unterschieden wird), (2) gemeinnütziges Engagement und gleichzeitiges Engagement für das Eigeninteresse der jeweiligen Gruppe, (3) Engagement zugunsten eines Eigeninteresses.

Dilemmata der polnischen Zivilgesellschaft

Die Dilemmata und Probleme der polnischen Zivilgesellschaft sollen nun am Beispiel ihrer am stärksten institutionalisierten Form, die der NGO-Sektor ist, dargestellt werden. Dieser hat sich in der Transformationsphase vor allem unter dem Einfluss zweier Hauptfaktoren herausgebildet: des Mechanismus der Autodidaktik, was charakteristisch für viele soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen ist, sowie der Hilfe aus dem Ausland im weitesten Sinne.

Der erste Faktor beruht erstens auf der aufopferungsvollen Arbeit einzelner herausragender Individuen: lokaler und überregionaler Führungspersönlichkeiten sowie Teilnehmer der Nichtregierungsbewegung. Zweitens ist dieses Engagement eher mit dem Erlangen eines öffentlichen Nutzens als mit dem Eigen- oder Gruppeninteresse verbunden, wenngleich sich auch häufig beide Ziele miteinander verknüpfen. Drittens, und dies ist für den Entwicklungsprozess des Nichtregierungssektors in Polen am wesentlichsten, spielen in diesem Sektor die kognitiven Tätigkeiten, die verschiedene Formen der Autodidaktik, Professionalisierung, Selbstreflexion oder Selbstregulierung umfassen, eine vorrangige Rolle.

Wichtig ist es, darauf hinzuweisen, dass sich in diesem faszinierenden Prozess der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation deutliche Spuren der *Solidarność*-Tradition feststellen lassen; viele Aktive im Dritten Sektor kommen aus der *Solidarność* und der demokratischen Opposition.

Der zweite Entwicklungsfaktor – die Hilfe aus dem Ausland – umfasst mindestens vier Aspekte: den finanziellen, den edukativen (vor allem das organisatorische Know-how), den kulturellen (Aufbau eines Gemeinschaftsethos) und den politischen. Zu Letzterem gehört u.a. ein insbesondere angesichts der Integration in die Europäische Union spezifischer »Bumerangeffekt«, der in einem indirekten gesellschaftlichen Druck auf die polnischen Eliten letztendlich durch die europäischen Eliten und Standards besteht.

Es ist besonders zu unterstreichen, dass die polnischen Eliten im Entstehungsprozess des Nichtregie-

rungssektors sehr wenig aktiv waren. Man kann sagen, so, wie viele Institutionen der polnischen Demokratie von oben entworfen und etabliert wurden, so musste sich die polnische Zivilgesellschaft von unten entwickeln, mit Hilfe aus dem Ausland, durch einen bestimmten, nicht großen Teil der polnischen Nation, häufig gegen die sog. Eliten. Deshalb hat sie vielleicht auch einen begrenzten Umfang.

Die Blockaden der Zivilgesellschaft

Eine grundsätzliche Blockade für die Entwicklung von Institutionen der Zivilgesellschaft in Polen ist die bereits erwähnte ablehnende Haltung des größeren Teils der polnischen Eliten, nicht nur der politische Eliten, sondern auch der Kultur-, Medien- und Businesseliten, ja sogar der intellektuellen Eliten. Die Beziehung dieser Kreise zur Problematik der zivilgesellschaftlichen Aktivität und Selbstorganisation besteht im Allgemeinen in einer Haltung von Mitleid und verächtlicher Überheblichkeit. Wissenschaftler, die die Zivilgesellschaft untersuchten, beschrieben schon Mitte der 1990er Jahre diese Situation als »Verrat der Eliten«. Dies betrifft leider auch oder sogar besonders die bereits erwähnten Eliten der *Solidarność* und die sich daraus entwickelnde frühere demokratische Opposition, die während des Kampfes mit dem kommunistischen System zivilgesellschaftliche politische Programme formuliert hatten, aber in der Phase der Transformation sehr schnell das Interesse dafür verloren, die Voraussetzungen für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Institutionen im unabhängigen Polen zu garantieren.

Diese Eliten führten die Auflösung der Bewegung der lokalen Bürgerkomitees herbei (die im Zusammenhang mit der Wende 1989 entstand), und ein Teil von ihnen war zu Beginn der Transformation eindeutig misstrauisch gegenüber der Mannigfaltigkeit der Initiativen »von unten« und dem politischen Pluralismus eingestellt. Eine Folge dieser Haltung war die Rückständigkeit der polnischen Gesetzgebung hinsichtlich der Regulierung der Partizipation. Es reicht, darauf hinzuweisen, dass die grundlegenden Rechtsakte, die die Nichtregierungsorganisationen betreffen, das Stiftungsgesetz und das Vereinsgesetz, noch in den 1980er Jahren verabschiedet worden waren. Die neue Regelung bezüglich zivilgesellschaftlicher Organisationen war eine schwere Geburt über mindestens sieben Jahre hinweg und wurde erst im Jahr 2003 – noch dazu in einer sehr unvollkommenen Form – verabschiedet. Die ersten staatlichen Gelder für zivilgesellschaftliche Initiativen wurden erst 2005 eingerichtet. Vorher, und auch noch heutzutage in hohem Maße, wurden die öffentlichen Mittel für zivilgesellschaftliche Ziele aufgrund zufälliger Entscheidungen von Verwaltungsbeamten und Politi-

kern verteilt und nicht aufgrund zivilisierter demokratischer Prozeduren.

Hinzuzufügen ist, dass der Staat während der 18 Jahre der Transformation kein kohärentes und obligatorisches System einer formalen zivilgesellschaftlichen Erziehung in den Schulen begründet hat und dass auch in keinem ernstzunehmenden Medium eine gründliche Debatte über den Zustand der polnischen Zivilgesellschaft stattfand.

Über die Schwächen des Dritten Sektors entschieden aber auch noch andere spezifische Blockadefaktoren. Ihr Charakter und ihre Genese sind heterogen. Außer dem »Verrat der Eliten« wären vor allem zu nennen: (1) die nicht ausgereifte Gestalt der polnischen Demokratie und die Schwäche der institutionellen und legislativen Bedingungen, um eine partizipierende Demokratie zu entwickeln, (2) das Funktionieren spezifischer Interessengruppen im öffentlichen Leben, die dem Nichtregierungssektor gegenüber feindlich eingestellt sind und die Entwicklung und Reformen dieses Bereichs blockieren, (3) der allgemeine Stand des Bewusstseins und der Kultur der polnischen Gesellschaft (u.a. das niedrige Niveau des Sozialkapitals, die Mentalität des *homo sovieticus*, mangelnde Organisationskultur, z.T. »aristokratische« Mängel des Ethos der polnischen Intelligenz usw.), (4) innere Schwächen und Fehler im Dritten Sektor selbst, als da wären das Unvermögen, eine zeitgemäße Mitgliederbasis aufzubauen, Schwierigkeiten mit der Bildung einer gemeinsamen Repräsentation, häufiges Brechen der Standards der Selbstregulierung und der ethischen Standards, eine relativ niedrige Organisationskultur, das Phänomen der »Oligarchisierung« der Eliten dieses Bereichs bzw. die Neigung, klientelistische Beziehungen mit dem institutionell-politischen Sektor einzugehen, die Kommerzialisierung und Zentralisierungsbestrebungen (»Gouvernementalisierung«).

Institutionelle Veränderungen

Seit einigen Jahren lassen sich in Polen erste wesentliche Veränderungen im Bereich der Entstehung neuer zivilgesellschaftlicher Institutionen beobachten. Es gibt drei Hauptursachen für dieses Phänomen:

Erstens die bereits erwähnte von der Basis ausgehende Entwicklung des Nichtregierungssektors und der damit eng verbundene dauerhafte Druck »von unten«, d.h. seitens der Vertreter des Nichtregierungssektors, auf die politischen Eliten mit dem Ziel, legislative und institutionelle, für den Dritten Sektor günstige Veränderungen zu erwirken. Ungefähr seit Mitte der 1990er Jahre hat dieser Druck die Form verschiedener integrativer und institutioneller Initiativen angenommen sowie die des formellen und informellen Lobbying. Seit 1996 beispielsweise organisieren NGOs alle drei Jahre die Polnischen Foren für Nichtregierungsinitiativen (Ogólno-

polskie Fora Inicjatyw Pozařadowych), während derer neben integrierend-mobilisierenden und weiterbildenden Tätigkeiten sowie Aktionen zur Selbstregulierung sehr intensiv auf die politisch Verantwortlichen Einfluss genommen wird, um pro-zivilgesellschaftliche Veränderungen im Staat herbeizuführen. Es entstanden zahlreiche Übereinkünfte im Bereich der NGOs sowie regionale, lokale und branchenspezifische Netzwerke, die der Politik Veränderungen abverlangten (z.B. das Forum für Bildungsinitiativen [Forum Inicjatyw Oświatowych], das u.a. eine führende Rolle bei der Verteidigung zahlreicher kleiner Dorfschulen vor der Auflösung spielte). Stark entwickelten sich auch die Informations- und Kommunikationsinstitutionen des zivilgesellschaftlichen Sektors. Im Jahr 2000 entstand u.a. das NGO-Internetportal www.ngo.pl, das von der Gesellschaft Klon / Jawor gepflegt wird, im Jahr 2004 die Quartalschrift »Dritter Sektor« (Trzeci Sektor), die vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych) herausgegeben wird.

Der auf die politisch Verantwortlichen ausgeübte Druck und die Professionalität des NGO-Sektors wurde nach den Wahlen im Herbst 2001 durch das politisch günstige Klima für die Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Institutionen gestützt, was mit der Übernahme des Postens des Wirtschaftsministers durch Jerzy Hausner (in einer postkommunistischen Regierung!) verbunden war. Dies war die zweite Ursache für die institutionellen Veränderungen, die die Bedingungen für das Funktionieren der Zivilgesellschaft in Polen betreffen. Charakteristisch für Hausners Handeln war eine enge Zusammenarbeit mit den führenden Köpfen des NGO-Sektors. Die größten Effekte waren die Einrichtung der Abteilung für Gemeinnützigkeit im Wirtschaftsministerium und die Verabschiedung des Gesetzes über gemeinnützige Tätigkeiten und das Volontariat (Freiwilligenarbeit), weiterhin die Einrichtung des Budgets für zivilgesellschaftliche Initiativen und in Zusammenarbeit mit Vertretern des Dritten Sektors die Ausarbeitung des »Operativen Programms zur Entwicklung der Zivilgesellschaft« im Rahmen des Nationalen Entwicklungsplans (ein Programm zur Nutzung europäischer Fonds).

Die dritte Ursache für die Veränderungen war die Integration Polens in die Europäische Union, die in den Bereich der oben bereits angeführten Hilfe aus dem Ausland gehört. Ungefähr seit 1997, dem Datum des vertraglich vereinbarten Beginns des Rückzugs der pro-zivilgesellschaftlichen amerikanischen Finanzmittel aus Polen (sie wurden dann weiter nach Osten geleitet) wuchs das finanzielle und programmatische Engagement der EU für die Entwicklung der polnischen Zivilgesellschaft kontinuierlich. Die Beitritts- und Integrationsprogramme und die EU-Standards verlangten immer

stärker eine institutionelle Veränderung und einen Mentalitätswandel der polnischen Eliten. Gleichzeitig stärkten sie den Nichtregierungssektor in Polen. Dieser Prozess wurde außerdem sehr intensiv durch die Aktivitäten der NGOs selbst unterstützt, die 2001 zu diesem Zweck (übrigens mit v.a. amerikanischen Geldern) die Vertretung der Polnischen NGOs (Przedstawicielstwo Polskich NGO) in Brüssel gründeten und nachdrücklich Lobbyarbeit für ihre Interessen sowohl in Brüssel als auch in Warschau betrieben (z.B. für die Berücksichtigung von Nichtregierungsorganisationen bei der Nutzung europäischer Fonds). Darüber hinaus wurden auch einige professionelle, sachdienliche und edukative Kampagnen für den NGO-Sektor initiiert (z.B. das Programm Euro-NGO) sowie für die ganze polnische Gesellschaft (z.B. die Referendumskampagne).

Die hier dargestellten Prozesse bewirkten eine wesentliche Veränderung hinsichtlich des Platzes und der Rolle des Dritten Sektors, die er in Staat und Gesellschaft einnimmt, wozu folgende grundlegende Aspekte beitrugen: (1) die Reform der territorialen Selbstverwaltung von 1999, (2) die Einführung neuer, wenngleich noch sehr unzulänglicher Institutionen für den gesellschaftlichen Dialog seit dem Jahr 2000, (3) im Jahr 2004 das Inkrafttreten des Gesetzes über Gemeinnützige Tätigkeiten und das Volontariat und die Aktivierung des aufgrund dieses Gesetzes einberufenen Rates für Gemeinnützige Tätigkeiten, (4) die Entwicklung einer Gesetzgebung, die die Grundlage der polnischen »sozialen Ökonomie« darstellt (v.a. die Einführung von Gesetzen zur sozialen Beschäftigung und zum sozialen Genossenschaftswesen) sowie die Umsetzung von Projekten der Regionalfonds für Soziale Ökonomie durch

das Ministerium für Sozialpolitik, (5) 2004 die Einrichtung des Budgets für Zivilgesellschaftliche Initiativen durch die Regierung, (6) die Erweiterung des Zugangs zu europäischen Fonds und Programmen für NGOs, (7) der Beginn der Umsetzung des Programms der Europäischen Fonds für die Jahre 2007–2013 (ca. 500 Mrd. PLN/ungefähr 125 Mrd. Euro), dessen wesentliches Element das bereits genannte operative Programm zur Entwicklung der Zivilgesellschaft ist.

Seit einigen Jahren profitiert der NGO-Sektor in Polen vom Finanzstrom aus den europäischen Fonds. Untersuchungen zeigen, dass sich dies zunächst relativ gering in der Einnahmenstruktur des Sektors niederschlägt. Nur ca. 3 % der Organisationen nutzten 2005 die europäischen Fonds; das machte ca. 2,4 % der Gesamtgeldmittel dieses Sektors aus. 25 % der Organisationen erfüllen allerdings die Rahmenbedingungen, um sich um Mittel aus den Strukturfonds zu bemühen. 53 % erklären die Absicht, in Zukunft EU-Mittel einzuwerben. Ist dieses Phänomen auch noch recht neu, werden die Zahlen doch sicher noch steigen (die Daten von 2006/07 sind noch nicht bekannt, aber mit Sicherheit werden sie höher liegen). Dies bedeutet eine Verbesserung der finanziellen Situation des Dritten Sektors, eine weitere Stärkung der führenden Organisationen, der Anstieg der Konkurrenz innerhalb des Sektors und eine fortschreitende Übermittlung von Mustern der europäischen NGO-Kultur. Gleichzeitig ist dies aber auch ein Indikator für die Prozesse der Europäisierung und Kommerzialisierung des Dritten Sektors und höchstwahrscheinlich seiner fortschreitenden Ausdifferenzierung.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

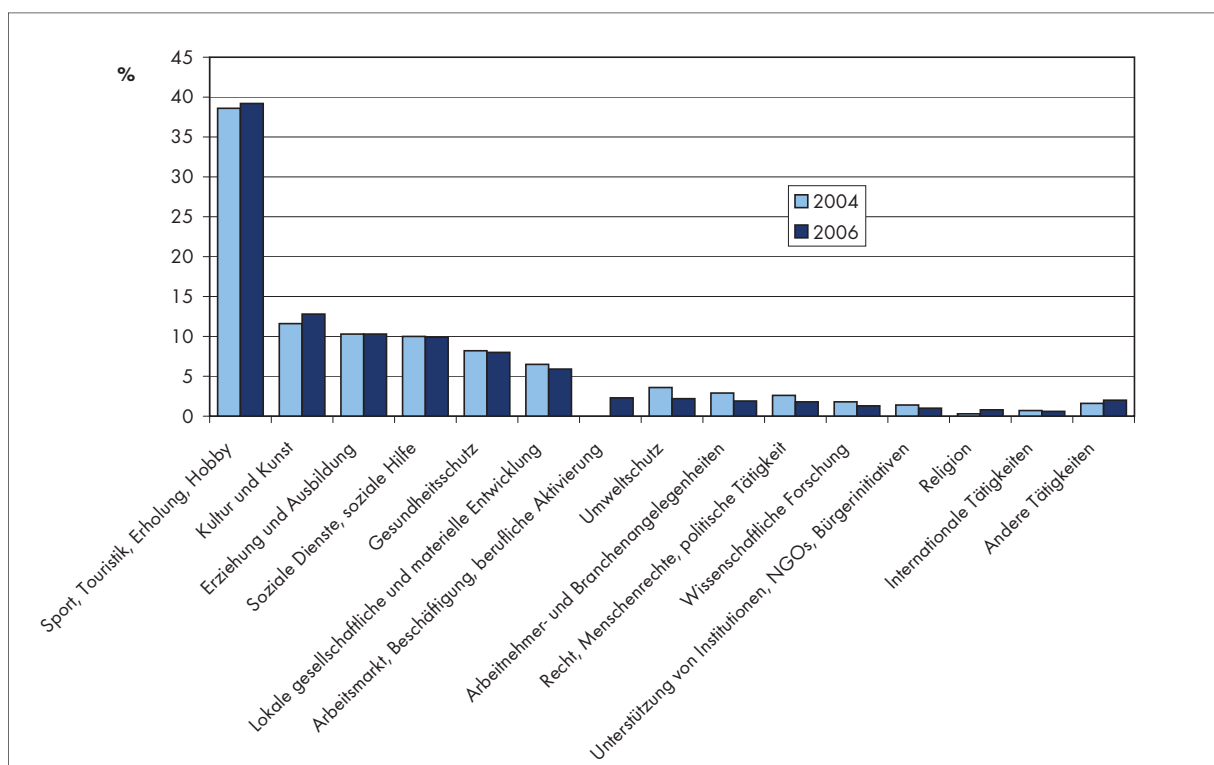
Über den Autor:

Dr. hab. Piotr Gliški, Soziologe, Professor an der Universität Białystok, Leiter des Lehrstuhls Soziologie Gesellschaftlicher Strukturen. Mitarbeiter am Institut für Soziologie und Philosophie der Polnischen Akademie der Wissenschaften, dort langjähriger Leiter des Lehrstuhls für Zivilgesellschaft. Vorsitzender der Polnischen Soziologischen Gesellschaft.

Tabellen und Grafiken

Statistiken zu den polnischen NGOs

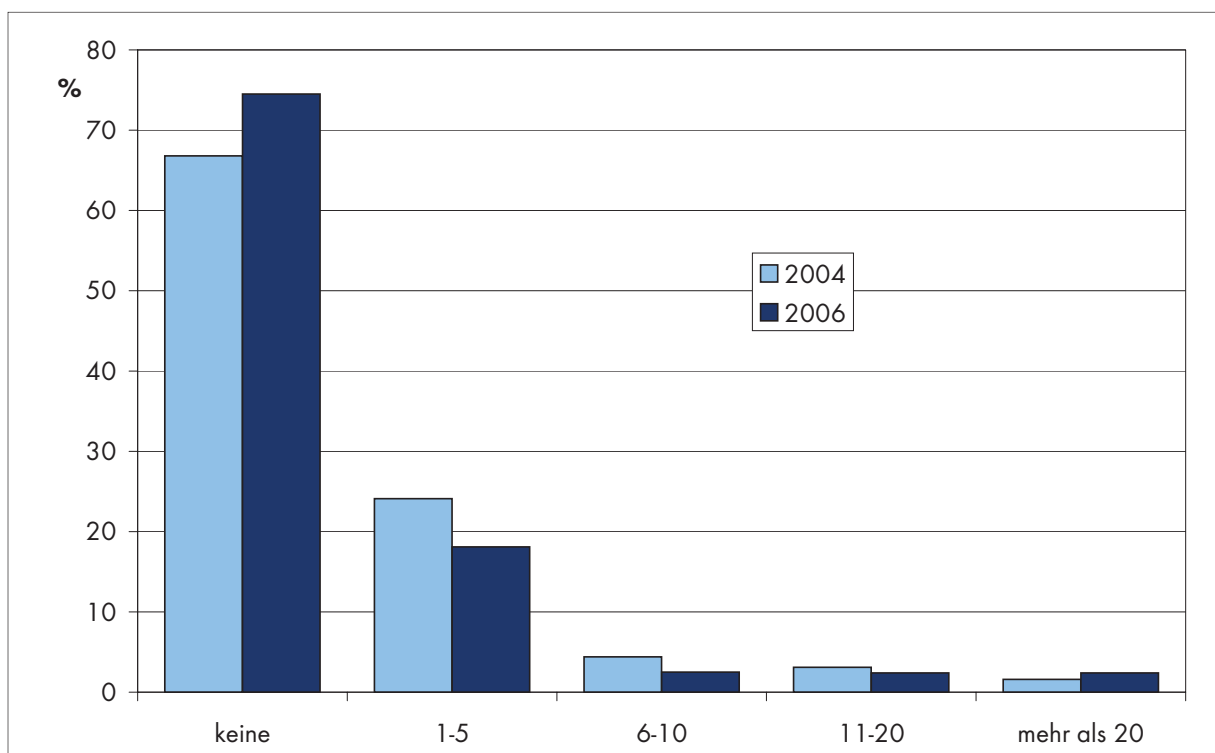
Das Tätigkeitsfeld der Nichtregierungsorganisationen 2004 und 2006



	Angabe des wichtigsten Tätigkeitsfeldes 2004 (%)	Angabe des wichtigsten Tätigkeitsfeldes 2006 (%)
Sport, Touristik, Erholung, Hobby	38,6	39,2
Kultur und Kunst	11,6	12,8
Erziehung und Ausbildung	10,3	10,3
Soziale Dienste, soziale Hilfe	10,0	9,9
Gesundheitsschutz	8,2	8,0
Lokale gesellschaftliche und materielle Entwicklung	6,5	5,9
Arbeitsmarkt, Beschäftigung, berufliche Aktivierung	-	2,3
Umweltschutz	3,6	2,2
Arbeitnehmer- und Branchenangelegenheiten	2,9	1,9
Recht, Menschenrechte, politische Tätigkeit	2,6	1,8
Wissenschaftliche Forschung	1,8	1,3
Unterstützung von Institutionen, NGOs, Bürgerinitiativen	1,4	1,0
Religion	0,3	0,8
Internationale Tätigkeiten	0,7	0,6
Andere Tätigkeiten	1,6	2,0

Quelle: Marta Gumkowska, Jan Herbst: *Podstawowe fakty o organizacjach pozarządowych. Raport z badania 2006 [Grundlegende Fakten über Nichtregierungsorganisationen. Untersuchungsbericht 2006]*, Warszawa 2006, <http://badania.ngo.pl>

Die Anzahl der angestellten Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen 2004 und 2006 (%)



	2004	2006
keine	66,8	74,5
1-5	24,1	18,1
6-10	4,4	2,5
11-20	3,1	2,4
mehr als 20	1,6	2,4

Quelle: Marta Gumkowska, Jan Herbst: *Podstawowe fakty o organizacjach pozarządowych. Raport z badania 2006* [Grundlegende Fakten über Nichtregierungsorganisationen. Untersuchungsbericht 2006], Warszawa 2006, <http://badania.ngo.pl>

NGOs nutzen folgende Einkommensquellen (%)

	2003	2005
Mitgliederbeiträge	59,9	59,5
Mittel der Selbstverwaltungen (Gemeinde, Kreis oder Woiwodschaftsselbstverwaltung)	45,2	43,3
Spenden von physischen Personen	40,9	35,5
Spenden von Institutionen und Firmen	38,8	34,5
Regierung (Mittel der Ministerien, Behörden und Woiwodschaften)	19,3	19,6
Bankzinsen, Gewinne aus Stiftungskapital, Fonds- und Aktienanteile*	15,3	14,4
Unkostenbeiträge und Aufwandsentschädigungen im Rahmen einer gemeinnützigen Tätigkeit	8,2	9,3
Andere Quellen	12,3	7,5
Unterstützung von anderen inländischen NGOs	9,2	7,4
Einnahmen aus Kampagnen, öffentlichen Sammlungen, karitativen Aktionen	6,5	7,0
Einkünfte aus wirtschaftlichen Tätigkeit	10,5	6,9
Einkünfte aus individuellen Steuerabgaben**	-	6,0
Zuwendungen der Dachorganisation	3,1	4,6
Einkünfte aus dem Eigentum, z.B. aus Vermietung von Räumen, Geräten, Eigentumsrechten etc.	-	3,2
Unterstützung durch ausländische NGOs	4,6	3,5
Mittel aus den EU-Strukturfonds ***	-	3,0
Ausländische öffentliche Mittel, Hilfsprogramme (darin EU-Mittel, z.B. Phare, Sapard, Access)	4,0	2,6

* In der Untersuchung aus dem Jahr 2004 umfasste diese Kategorie auch Einkünfte aus Eigentum, die im Jahr 2006 eine eigene Kategorie darstellten (s. Zeile 14)

** Jeder Steuerzahler hat die Möglichkeit, 1 % seines Einkommens zugunsten von NGOs abzuführen.

*** z.B. Sektorales Operatives Programm »Humanressourcen«, Integriertes Operatives Programm für regionale Entwicklung, LEADER, EQUAL usw.

Quelle: Marta Gumkowska, Jan Herbst: Podstawowe fakty o organizacjach pozarządowych. Raport z badania 2006 [Grundlegende Fakten über Nichtregierungsorganisationen. Untersuchungsbericht 2006], Warszawa 2006, <http://badania.ngo.pl>

Haben Sie Vertrauen zu folgenden Institutionen? (%)

	1/2002			1/2004			1/2006		
	ja	nein	schwer zu sagen	ja	nein	schwer zu sagen	ja	nein	schwer zu sagen
Großes Orchester zur Weihnachtshilfe (1)	89 (48)	8 (2)	3	86 (49)	9 (4)	5	87 (40)	9 (3)	4
Caritas	85 (35)	9 (3)	6	84 (40)	10 (4)	7	83 (29)	10 (3)	7
Polnisches Rotes Kreuz	85 (26)	6 (1)	9	82 (33)	8 (2)	10	83 (20)	9 (2)	8
Römisch-katholische Kirche	76 (34)	21 (6)	3	75 (36)	21 (7)	4	81 (39)	17 (4)	2
Armee	76 (27)	16 (5)	8	76 (30)	16 (4)	8	76 (21)	17 (3)	7
Pfadfinder	74 (21)	8 (3)	18	75 (28)	7 (2)	18	75 (17)	9 (2)	16
Bürgerrechtsbeauftragter	-	-	-	-	-	-	69 (16)	13 (3)	18
UNO	63 (13)	15 (4)	21	62 (17)	16 (4)	22	65 (11)	17 (3)	18
NATO	63 (13)	18 (5)	19	59 (14)	21 (5)	20	63 (11)	19 (3)	18
Institut des Nationalen Gedenkens (2)	-	-	-	-	-	-	62 (15)	18 (4)	20
EU	49 (8)	30 (10)	21	46 (8)	34 (13)	19	62 (8)	24 (4)	14
Polizei	62 (10)	30 (7)	8	56 (10)	36 (11)	8	59 (8)	34 (10)	7
Lokale politische Vertretung der Stadt / Gemeinde	43 (5)	41 (11)	17	53 (9)	34 (9)	13	56 (7)	33 (8)	11
Fernsehen	57 (7)	34 (7)	9	54 (8)	37 (11)	9	55 (7)	36 (6)	9
Zeitungen	47 (5)	43 (9)	10	47 (7)	43 (10)	11	48 (5)	42 (7)	10
Regierung	42 (6)	45 (12)	13	21 (3)	68 (28)	11	47 (5)	40 (10)	13
Gerichte	40 (6)	49 (14)	11	31 (6)	60 (24)	8	39 (6)	51 (15)	10
Beamte der öffentlichen Verwaltung	31 (2)	52 (11)	17	33 (3)	54 (18)	14	38 (2)	50 (13)	12
Gewerkschaften	22 (3)	41 (13)	37	31 (6)	40 (13)	30	32 (4)	37 (8)	31
Große Unternehmen	27 (3)	43 (11)	30	35 (4)	37 (10)	28	32 (3)	43 (9)	25
Kirchen anderer Bekenntnisse	30 (5)	41 (22)	29	29 (7)	45 (15)	26	31 (5)	45 (12)	24
Sejm und Senat	28 (3)	54 (12)	18	21 (2)	67 (25)	12	30 (2)	54 (15)	16
Politische Parteien	15 (2)	65 (20)	19	13 (1)	72 (27)	15	24 (1)	61 (18)	15

(1) Wielka Orkiestra Świątecznej Pomocy (WOSP), nichtstaatliche Wohltätigkeitsorganisation

(2) Instytut Pamięci Narodowej (IPN)

Die Antworten »auf jeden Fall« / »auf keinen Fall« und »eher ja« / »eher nein« wurden zusammengefasst.

Die Angaben in Klammern bezeichnen die Antwort »auf jeden Fall« / »auf keinen Fall«.

Quelle: CBOS, BS24/2006: Zaufanie w sferze prywatnej i publicznej a społeczeństwo obywatelskie [Das Vertrauen in den privaten und den öffentlichen Sektor und die Zivilgesellschaft], Warszawa 02/2006, www.cbos.pl

Chronik
Vom 04. Dezember 2007 bis zum 14. Januar 2008

04.12.2007	Während seines ersten Besuchs als Ministerpräsident in Brüssel kündigt Donald Tusk an, Polen sei bereit, Mitverantwortung für positive, kreative Initiativen in der Europäischen Union zu übernehmen. Wenn es sein müsse, werde Polen aber seine Interessen entschieden verteidigen, jedoch immer im Geiste gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens.
06.12.2007	Die Außenminister Radosław Sikorski und Frank-Walter Steinmeier bekunden in Berlin ihren Willen, ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen aufzuschlagen. Es werden u.a. die Wiederaufnahme regelmäßiger Regierungskonsultationen, gemeinsame Sitzungen der Außenpolitischen Ausschüsse des Bundestags und des Sejm, die Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks und gesellschaftliche Initiativen angekündigt. Darüber hinaus werde über die Problemfelder Ostseepipeline, »Sichtbares Zeichen« und die Kulturgüterfrage zu sprechen sein.
06.12.2007	Die Staatspräsidenten von Polen und der Ukraine, Lech Kaczyński und Viktor Juschtschenko, unterschreiben in Kiew eine Deklaration über Zusammenarbeit und strategische Partnerschaft (»Gemeinsame Herausforderungen – Die neue Dimension der strategischen Partnerschaft«). Juschtschenko begrüßt, dass die neue polnische Regierung keinen Kurswechsel in der Politik gegenüber der Ukraine vornehmen wird. Thema sind auch die Vorbereitungen zur Fußball-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine »Euro 2012« sowie die polnische Unterstützung für die ukrainischen Bemühungen um Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der Nato.
07.12.2007	Außenminister Radosław Sikorski spricht in Brüssel mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow über den amerikanischen Raketenschutzschild, der in Polen und Tschechien stationiert werden soll. Dabei betont er, dass Russland über den Standort nicht mitentscheiden werde. Vor dem Gespräch hatte Lawrow den Wunsch nach »normalen Beziehungen mit Polen« bekräftigt.
08.12.2007	Auf dem Parteitag von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) wird dem Parteichef und ehemaligen Ministerpräsidenten Jarosław Kaczyński mit über 85 % der Stimmen der knapp 1.000 anwesenden Delegierten das Vertrauen ausgesprochen. Kaczyński bezeichnet dieses Ergebnis als Verpflichtung, PiS in den nächsten Wahlen als stärkste Partei zu etablieren. In seiner Rede appelliert er, an der Idee der IV. Republik festzuhalten, auch wenn ihre Umsetzung schwierig sei. PiS habe nun die Aufgabe, sich die Wählerschaft in den Großstädten sowie unter jungen Menschen und der Intelligenz zu erschließen. Die ehemaligen Vize-Vorsitzenden, Ludwik Dorn, Kazimierz Ujazdowski und Paweł Zalewski, die den Führungsstil von Jarosław Kaczyński in einem offenen Brief als »autoritär« kritisiert hatten, waren nicht eingeladen worden.
09.12.2007	Die Polnische Erdölförderung und Gaswirtschaft AG (Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo S.A. – PGNiG) erhält den Zuschlag in einer Ausschreibung zur Suche nach Erdölvorkommen in der libyschen Sahara.
11.12.2007	Ministerpräsident Donald Tusk trifft zu einem Antrittsbesuch in Berlin ein. Bundeskanzlerin Angela Merkel bekräftigt, dass die Bundesregierung keinerlei Entschädigungsforderungen an Polen unterstützen werde. Hintergrund ist die Klage der Preußischen Treuhand vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Im Streit um die Ostseepipeline sprechen sich beide Seiten für gemeinsame Beratungen mit Russland aus.
12.12.2007	Auf einer Pressekonferenz mit dem polnischen Landwirtschaftsminister Marek Sawicki in Moskau informiert der russische Landwirtschaftsminister Alexej Gordejew, dass Russland bereit sei, sein Handelsembargo für polnische Lebensmittelimporte aufzuheben.
12.12.2007	Die ehemaligen Vizevorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Kazimierz Ujazdowski und Paweł Zalewski, treten nach einem Gespräch mit dem Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński aus der Partei aus. Hintergrund ist ein offener Brief, in dem sie den Führungsstil von Jarosław Kaczyński als »autoritär« kritisiert hatten. Dies führte dazu, dass sie ihrer Rechte als Parteimitglieder enthoben wurden. Ujazdowski und Zalewski behalten ihr Sejm-Mandat als parteilose Abgeordnete.
13.12.2007	Ministerpräsident Donald Tusk und Außenminister Radosław Sikorski unterzeichnen in Lissabon den EU-Reformvertrag. Die Grundrechtecharta wird mit dem britischen Protokoll, das ihre Anwendung begrenzt, unterschrieben. Staatspräsident Lech Kaczyński, der die polnische Delegation leitet, spricht von einem polnischen Erfolg.
14.12.2007	Ministerpräsident Donald Tusk teilt nach dem EU-Gipfel in Brüssel mit, dass die Länder der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) und die drei baltischen Länder (Litauen, Lettland, Estland) künftig kooperieren werden. Es seien regelmäßige Treffen vor den EU-Gipfeln vorgesehen, um gemeinsame Positionen und Strategien zu entwickeln. Auf diese Weise könne diese Region wirksamer auf die EU-Politik Einfluss nehmen.
16.12.2007	Ministerpräsident Donald Tusk spricht sich für die Kandidatur von Lech Wałęsa für die neunköpfige »Reflexionsgruppe« der Europäischen Union aus, die auf Initiative Frankreichs auf dem EU-Gipfel in Brüssel ins Leben gerufen wurde. Das Gremium soll Vorschläge zu den strategischen Zielen und der Zukunft der EU erarbeiten.

17.12.2007	Die Landeswirtschaftskammer (Krajowa Izba Gospodarcza – KIG) stellt eine von Eurochambers (dem Zusammenschluss der Industrie- und Handelskammern in Europa) initiierte Studie vor, nach der 73,2 % der polnischen Firmen eine Umsatzsteigerung für das Jahr 2008 erwarten und 52 % eine Exporterhöhung planen. Fast 70 % erwarten einen größeren Binnenabsatz, über 50 % planen die Beschäftigung weiterer Arbeitnehmer. Die Untersuchung wurde in 27 europäischen Ländern durchgeführt.
18.12.2007	Die Regierung legt Staatspräsident Lech Kaczyński den Antrag auf Rückzug der polnischen Soldaten aus dem Irak zum 31. Oktober 2008 vor. Am 16.12. hatte der Minister der Präsidialkanzlei, Michał Kamiński, mitgeteilt, dass Lech Kaczyński gegen den Rückzug zu diesem Termin sei. Nach Einschätzung von Ministerpräsident Donald Tusk nähme der Staatspräsident die Verantwortung für einen schlecht vorbereiteten Rückzug bis Ende des laufenden Jahres auf sich, sollte er dem Antrag der Regierung nicht stattgeben. Das polnische Kontingent ist seit 2003 im Irak stationiert und zählt 900 Personen sowie 300 in Reserve.
19.12.2007	Ministerpräsident Donald Tusk besucht die polnischen Truppen im Irak. Nach Ansicht des polnischen Botschafters Edward Pietrzyk muss der Wechsel vom militärischen zum wirtschaftlichen Engagement Polens noch in der Zeit stattfinden, in der das polnische Militär im Irak stationiert ist.
20.12.2007	Verteidigungsminister Bogdan Klich besucht die polnischen Truppen in Afghanistan. Derzeit sind ca. 1.200 Soldaten dort stationiert. Nach dem Vorfall im August, bei dem polnische Soldaten in einem Dorf Zivilisten verletzt und getötet hatten, sind neuesten Umfragen zufolge 83 % der Polen gegen den Einsatz des polnischen Militärs in Afghanistan.
21.12.2007	Seit Mitternacht ist der Schengen-Raum um neun neue Mitgliedsländer erweitert. Am deutsch-polnischen Grenzübergang Zittau – Porajów nehmen an den Feierlichkeiten zur symbolischen Grenzöffnung u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ministerpräsident Donald Tusk, der tschechische Ministerpräsident Mirek Topolánek, der Ministerpräsident von Portugal, das die EU-Ratspräsidentschaft innehat, José Socrates, der Chef der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, und die Innenminister von Deutschland, Polen und Tschechien teil. Staatspräsident Lech Kaczyński und der litauische Präsident Valdas Adamkus feiern die symbolische Grenzöffnung am polnisch-litauischen Übergang Budzisk-Kalvarija.
23.12.2007	Am Jahrestag seiner Vereidigung zum Staatspräsidenten zieht Lech Kaczyński eine positive Bilanz seines zweiten Amtsjahres. Wichtig sei die Stärkung der polnischen Position in der EU durch die Aushandlung des Ioannina-Mechanismus beim EU-Gipfel in Brüssel im Juni sowie durch die Unterzeichnung des EU-Reformvertrags im Dezember in Lissabon gewesen. Er appelliert an die Regierung, den entschiedenen Kampf um die polnischen Interessen in der EU fortzusetzen. Darüber hinaus hebt er Initiativen zur Zusammenarbeit im Energiesektor mit Ländern Osteuropas und Zentralasiens hervor.
24.12.2007	In der Nacht vom 23. auf den 24. Dezember verhindern deutsche und polnische Grenzbeamte die illegale Einreise von 59 Tschetschenen im Zug Warschau – Berlin nach Deutschland. Als Asylbewerber in Polen ist ihnen die Fahrt ins Ausland untersagt.
27.12.2007	Die Tageszeitung »Rzeczpospolita« berichtet über Äußerungen des Beauftragten für die polnisch-deutschen Beziehungen, Władysław Bartoszewski, in TVN 24, Polen solle die Unterzeichnung eines Dokuments herbeiführen, in dem die deutsche Seite zusagt, alle möglichen Entschädigungsforderungen gegenüber Polen zu übernehmen. Es bedürfe der Feststellung durch die deutsche Regierung, dass Deutschland keine Grundlage für Entschädigungsansprüche gegenüber Polen habe. Darüber hinaus kritisiert er die Deutschlandpolitik der Vorgängerregierung. Ministerpräsident Jarosław Kaczyński habe absichtlich eine Verschlechterung der polnisch-deutschen Beziehungen herbeigeführt.
27.12.2007	Der Vorsitzende der Stiftung »Polnisch-Deutsche Aussöhnung« und ehemalige Beauftragte für die polnisch-deutsche Zusammenarbeit in der Regierung Kaczyński, Mariusz Muszyński, wird von Schatzminister Aleksander Grad abberufen.
29.12.2007	Außenminister Radosław Sikorski teilt mit, dass Polen die Zahl der in Afghanistan stationierten Soldaten im Jahr 2008 um 400 auf 1.600 erhöhen werde.
02.01.2008	Gesundheitsministerin Ewa Kopacz kündigt in einem Interview mit der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« eine Umstrukturierung des Gesundheitssystems an. Nach den bereits stattgefundenen Gehaltserhöhungen für Ärzte werden weitere Runden folgen, außerdem werde es zusätzliche Krankenversicherungen geben. Verschuldete Krankenhäuser werden in Gesellschaften des Handelsrechts umgewandelt, eine Verschuldung werde dann nicht mehr straffrei möglich sein. Darüber hinaus sollen Patientenrechte in einem Gesetz festgeschrieben werden. Der Nationale Gesundheitsfonds (Narodowy Fundusz Zdrowia – NFZ) werde dezentralisiert.
02.01.2008	Verteidigungsminister Bogdan Klich informiert, dass in Übereinstimmung mit der Regierungsentscheidung, die polnischen Truppen zum 31. Oktober 2008 aus dem Irak abzuziehen, die Vorbereitungen dafür bereits begonnen haben. Darüber hinaus teilt er mit, dass Polen im Rahmen eines EU-Einsatzes im Tschad bereit wäre, 350 Soldaten zu entsenden.

03.01.2008	Der Vizechef des Verteidigungsministeriums, Piotr Czerwiński, tritt zurück. Bei seiner Berufung durch Verteidigungsminister Bogdan Klich im November 2007 hatte Klichs Vorgänger, Aleksander Szczygło, bekannt gegeben, dass gegen Czerwiński zwei Ermittlungsverfahren laufen. Die Staatsanwaltschaft bestätigt, dass untersucht werde, ob er seine Befugnisse überschritten und in den Jahren 2003 bis 2004 Vermögensvorteile abgeschöpft habe.
04.01.2008	Der stellvertretende Schatzminister Michał Chyczewski nennt als Grund der Abberufung des Vorsitzenden der Stiftung »Deutsch-Polnische Aussöhnung« und ehemaligen Beauftragten für die deutsch-polnische Zusammenarbeit in der Regierung Kaczyński, Mariusz Muszyński, dass dessen Aktivitäten von denjenigen, die für die Gestaltung der polnischen Außenpolitik verantwortlich seien, negativ bewertet worden seien. Władysław Bartoszewski, Staatssekretär und Beauftragter für die deutsch-polnischen Beziehungen, teilt mit, dass die Abberufung Muszyńskis grundsätzlich mit ihm konsultiert worden sei.
05.01.2008	Auf dem Gründungskongress der Partei Polnische Linke (Polska Lewica) in Lodz wird der ehemalige Ministerpräsident und ehemalige Politiker der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Leszek Miller, zum Parteivorsitzenden gewählt. Miller versteht die Polnische Linke nicht als Alternative zu anderen linken Parteien, sondern als Bereicherung des linken Spektrums. Die Partei ist noch nicht registriert.
07.01.2008	Die Regierungsbeauftragte für den Kampf gegen die Korruption, Julia Pitera, spricht sich dagegen aus, ihren Bericht über die Tätigkeiten des Zentralen Antikorruptionsbüros (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) zu veröffentlichen oder ihn der Öffentlichkeit vorzustellen. Es handele sich um ein Dokument, das für den Ministerpräsidenten zusammengestellt worden sei, und diene seiner Meinungsbildung. Der Bericht sei kein öffentliches Dokument und unterliege daher nicht dem Gesetz über den Zugang zu öffentlichen Informationen. Darüber hinaus seien alle Dokumente, die der Vorbereitung des Berichts dienten, in öffentlichen Institutionen zugänglich. Hintergrund ist ein Schreiben des Bürgerrechtsbeauftragten, Janusz Kochanowski, an Julia Pitera, in dem er sein Interesse an dem Bericht bekundet, da die Tätigkeiten des CBA Gegenstand seines eigenen Aufgabengebiets seien. Die Entscheidung Julia Piteras ist umstritten.
08.01.2008	Auf einer Pressekonferenz mit Ministerpräsident Donald Tusk kündigt Gesundheitsministerin Ewa Kopacz rasche und grundlegende Reformen im Gesundheitswesen an. Um den Prozess zu beschleunigen, soll nicht die Regierung das Gesetzespaket in den Sejm einbringen, sondern es soll eine Abgeordneteninitiative sein. Tusk betont, dies bedeute nicht, dass dabei die Verantwortung auf das Parlament übertrage werde. Er übernehme die persönliche Verantwortung für die Gesetzentwürfe.
09.01.2008	Ministerpräsident Donald Tusk äußert sich zu einem amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien dahin gehend, dass seine Stationierung die Sicherheit Polens unmittelbar vergrößern müsse.
10.01.2008	Ministerpräsident Donald Tusk fährt zu einem eintägigen Besuch nach Prag. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Mirek Topolánek hält er fest, dass die Entscheidung über den amerikanischen Raketenabwehrschild, der in Polen und Tschechien installiert werden soll, eine gemeinsame Entscheidung der drei beteiligten Seiten sein müsse. Unterschiedliche Positionen der Polen und Tschechen hätten keinen Sinn.
10.01.2008	Der stellvertretende russische Außenminister Sergej Kisljak kommt auf Einladung des polnischen Außenministers Radosław Sikorski zu einem eintägigen Besuch nach Warschau. Thema der Gespräche mit Regierungsvertretern ist der amerikanische Raketenabwehrschild, der in Polen und Tschechien installiert werden soll. Der stellvertretende polnische Verteidigungsminister Stanisław Komorowski hebt die positive Atmosphäre des Treffens hervor und kündigt weitere an. Deren Aufgabe sei es aber nicht, etwas auszuhandeln; beide Seiten hätten unterstrichen, dass jede das Recht auf eigene Entscheidungen habe, wichtig sei jedoch, sich gegenseitig zu informieren.
11.01.2008	Der Sejm beschließt die Einberufung eines Untersuchungsausschusses, der sich damit befassen soll, ob in der letzten Legislaturperiode politischer Druck auf die Sonderdienste ausgeübt wurde.
11.01.2008	Der Sejm beruft eine Untersuchungskommission, die die Todesumstände der ehemaligen Abgeordneten der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Barbara Blida, im April 2007 klären soll. Vorsitzender ist Ryszard Kalisz (Linke und Demokraten, Lewica i Demokraci – LiD).
13.01.2008	Verteidigungsminister Bogdan Klich kündigt für seinen USA-Besuch in der nächsten Woche Gespräche über die geplante Errichtung eines amerikanischen Raketenabwehrschildes in Polen und Tschechien an sowie über die Absicht Polens, das polnische Kontingent in Afghanistan zu verstärken. Die erste Gesprächsrunde mit der NATO über dieses Thema habe bereits stattgefunden. Klich wird sich während seines Aufenthalts auch mit Politikern der Demokraten treffen.
14.01.2008	Justizminister Zbigniew Cwiakalski kündigt an, die Staatsanwaltschaft werde sich der Äußerungen des Abgeordneten der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Janusz Palikot, annehmen, der in seinem Blog gefragt hatte, ob Staatspräsident Lech Kaczyński Alkoholprobleme habe. Die Äußerungen hatten parteiübergreifend Kritik hervorgerufen.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung sowie der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für die Anschubfinanzierung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2008 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de